

# Ernst von Streeruwitz (1874–1952). Ein österreichischer Bundeskanzler aus (West-)Böhmen

**Lothar HÖBELT**

*Abstract: The essay deals with the life and career of Ernst von Streeruwitz, descendant of an old family from Střibro, small town in West of Bohemia. In 1929 became Streeruwitz, an industrial manager and lobbyist, the chancellor of Austria, although just for a short time. His life story wasn't in Czech historiography reflected to date.*

Key words: Ernst von Streeruwitz, 20<sup>th</sup> Century, Sudeten, Chancellor of Austria, Chamber of Commerce, Schuschnigg Government.

## I. Die Familie

Von den zehn österreichischen Bundeskanzlern der Ersten Republik waren fast die Hälfte – vier – gebürtige Sudetendeutsche: Karl Renner und Arthur Seyß-Inquart, der erste und der letzte, kamen aus Mähren; Rudolf Ramek (1924–1926) hatte in Salzburg Karriere gemacht, stammte aber aus Schlesien; Ernst v. Streeruwitz war der einzige Deutschböhme unter ihnen. Streeruwitz kam als Quereinsteiger in die Politik, aber er kam aus einer politischen Familie. Sein Vater Georg Adolf war in der liberalen Ära lange Zeit Landtags-, von 1867 bis 1885 auch Reichsratsabgeordneter gewesen; sein Bruder Hans war bis 1918 Bürgermeister von Mies; sein Schwager, der Arzt Viktor Michl (1865–1927), wurde 1907 für die Deutschradikalen in den Reichsrat gewählt.<sup>1]</sup>

Streeruwitz selbst hat für den ersten Band seiner Memoiren ausführlich die Familiengeschichte recherchiert. Die Streers v. Streeruwitz besaßen das böhmische Inkolat; ein Vorfahre war angeblich schon wegen seiner Verdienste um die Verteidigung Prags 1648 in den Adelsstand erhoben worden (eine Standeserhöhung, die sich freilich nicht belegen läßt); Ernsts Urgroßvater war Hofrat in der böhmischen Hofkanzlei unter Joseph II. und erwarb ein Gut in Mähren, das später wieder verloren ging; der Großvater Anton schlug eine viel abenteuerlichere, aber weniger ertragreiche Laufbahn ein. Er kämpfte während der Revolutionskriege und danach in einem halben Dutzend Armeen, von der österreichischen über die spanischen Guerilleros bis zu Wellingtons Briten, machte 1819 den Andenübergang unter Bolivar mit und beteiligte sich auch noch am griechischen Befreiungskampf, bevor er sich als Postmeister im heimatlichen Mies zur Ruhe setzte und mehrmals heiratete. Ernsts Großmutter brachte das alte Schloß Kopetzen (Kopec u Prostiboře) in die Ehe ein.<sup>2]</sup>

---

1] Ernst von STREERUWITZ, *Wie es war. Erinnerungen und Erlebnisse eines alten Oesterreichers*, Wien 1934, S. 33, 152. Michl gewann die Wahl 1907 vielleicht nur zufällig, weil er mit einem Christlichsozialen in die Stichwahl kam, der nur um eine Stimme mehr erhalten hatte als der prominente Deutschfortschrittliche Prof. Pfersche. Die Wahl ließ freilich erkennen, daß es sich in erster Linie um Lokalfavoriten handelte: Michl erkämpfte seinen Vorsprung in Mies, Bischofteinitz wählte mehrheitlich deutschfortschrittlich, Haid und Weseritz (Bezdrůžice) christlichsozial, Dobrzan (Dobřany) und Tuschkau schönerrarianisch, Staab (Stod) sozialdemokratisch; vgl. Pilsener Tagblatt 15./17. 5. 1907.

2] E. von STREERUWITZ, *Wie es war*, s. 37 ff.

Ernsts Vater Georg Adolf beendete wenige Wochen vor der Revolution von 1848 sein Jus-Studium in Prag. Einer seiner Brüder kämpfte als Offizier in der Armee Windisch-Graetz gegen das aufständische Wien, ein anderer emigrierte in den sechziger Jahren nach Amerika und brachte es dort bis zum Staats-Geologen von Texas. Georg Adolf wurde 1863 in den Landtag gewählt, 1867 in den Reichsrat. Er war ein Liberaler, wie alle deutschböhmisches Abgeordneten dieser Zeit, aber ein Mann von konservativer Färbung. Er stimmte 1878 zwar gegen die Okkupation Bosniens, weil er nicht den Eindruck hatte, als gewänne Österreich „*durch eine solche Erwerbung an Kraft, an Macht, an Ansehen und an Reichtum*“, versicherte aber im gleichen Atemzug Außenminister Andrassy seines „*vollen und unbedingten Vertrauens*“. Sein Sohn behauptete später einmal, der Vater wäre schon für die Erhebung in den Freiherrnstand vorgeschlagen gewesen. Auf Grund seiner oppositionellen Stellungnahme sei das Dekret aber wieder zurückgezogen worden.<sup>3]</sup>

In Konflikt mit seinen „Parteigenossen“ geriet Georg Adolf in den achtziger Jahren. Er hielt die Feindschaft gegen den Ministerpräsidenten Taaffe, wie ihn sowohl die „schärfere Tonart“ der Partei um die frühen Deutschnationalen als auch – aus persönlichen und taktischen Gründen – Ernst v. Plener auf ihre Fahnen geschrieben hatten, für einen Fehler.<sup>4]</sup> Er meinte, Taaffe „*wäre bei Beginn der Regierung viel lieber mit der deutschen Verfassungspartei gegangen, wenn selbe ihm nur halbwegs entgegengekommen wäre.*“ Der Kardinalfehler der Mehrheit der Deutschliberalen sei ihre „*wahrhaft knabenhaft trotzig, negierende Haltung*“ bei der Abstimmung über die Wehrgesetze gewesen. Die Folge war: „*Da jede Regierung [...] eine Majorität im Parlamente haben oder sich schaffen muß, so wendete sich Graf Taaffe der Rechten zu.*“

Es sei ein Irrtum, wenn man glaubte, den nationalen und den liberalen Standpunkt zugleich mit Erfolg halten zu können. „*Wollte man den Liberalismus unbeschädigt erhalten, so mußte man sich mit den Polen verbinden. Wollte man den nationalen Standpunkt unangreifbar machen, so mußte man die klerikalen Stammesgenossen gewinnen.*“ Georg Adolf hatte durchaus Verständnis für den deutschnationalen Standpunkt, aber er war kein Radikaler. Er „*hätte lieber ein Bündnis mit den deutschen Alpenländern eingegangen; denn nationale Einbußen sind in der Regel durch gar nichts mehr gutzumachen.*“ Aber seine Schlußfolgerung lautete auch: „*Eine unglückliche Ehe kann allenfalls getrennt werden, aber die Deutschen und die Tschechen in Böhmen sind zusammengewachsen für immerdar und die Vernichtung des einen würde den Tod des anderen herbeiführen. Darum müssen sie sich ausgleichen...*“<sup>5]</sup>

Seine ketzerischen Ansichten über den Grafen Taaffe machten ihn bei seiner Partei nicht populär. Bei den Reichsratswahlen des Jahres 1885 nominierte das „Central-Wahlkomitee“ der deutschböhmisches Liberalen unter Franz Schmeykal daher für seinen Wahlkreis den Grafen Victor Boos-Waldeck auf Wosseletz (Oselce), den Gründer des Pilsener

---

3] Ebenda, S. 71 f. (Rede vom 21. 3. 1878); ÖstA (Österreichisches Staatsarchiv), AVA (Allgemeines Verwaltungsarchiv), E/1781:170, Streeruwitz an Friedrich Funder, 19. 6. 1948; vgl. auch Lothar HÖBELT, *The Bosnian Crisis Revisited: Why did the Austrian Liberals oppose Andrassy?*, in: T. G. Otte – Lothar Höbelt (Hg.), *A Living Anachronism? European Diplomacy and the Habsburg Monarchy*. Festschrift für Roy Bridge zum 70. Geburtstag, Wien 2010, S. 177–198.

4] Zur böhmischen Politik dieser Jahre vgl. Lothar HÖBELT, *Staatsprache oder Zweiteilung? Der Wendepunkt der deutschen Politik in Böhmen 1883–1886*, in: Franz Adlgasser – Jana Malinská – Helmut Rumpler – Luboš Velek (Hg.), *Hohes Haus! 150 Jahre moderner Parlamentarismus in Österreich, Böhmen, der Tschechoslowakei und der Republik Tschechien im mitteleuropäischen Kontext*, Wien 2015, S. 177–186.

5] Die Rede vor seinen Landtagswählern 1889 in: E. von STREERUWITZ, *Wie es war*, S. 344–348.

deutschen Nationalvereins.<sup>6]</sup> Dennoch fielen Streeruwitz im ersten Wahlgang sogar vier Stimmen mehr zu als seinem Gegenkandidaten. Freilich, aus der Sicht der Deutschliberalen wies dieser Erfolg einen gravierenden Makel auf. Streeruwitz hatte seinen „Applaus von der falschen Seite“ erhalten. Von den 226 Wahlmännern, die für Streeruwitz stimmten, waren 121, d.h. über die Hälfte Tschechen, vor allem aus dem Bezirk Taus (Domažlice); dazu kamen noch zwei Dutzend „Klerikale“, vor allem aus dem Umfeld des Fürsten Löwenstein auf Haid (Bor u Tachova).<sup>7]</sup>

Streeruwitz hatte genau 50 % der Wahlmänner erhalten, sprich: um eine Stimme zuwenig.<sup>8]</sup> Deshalb war ein zweiter Wahlgang notwendig. Boos-Waldeck soll die Wahl schon verloren gegeben haben.<sup>9]</sup> Doch in den paar Stunden seit der ersten Wahl waren einige der tschechischen Wahlmänner in Taus schon wieder heimgegangen; in Boos-Waldecks Heimatbezirk Bischofteinitz (Horšovský Týn) stimmten dafür auch die Klerikalen diesmal für ihn. Das überraschende Resultat lautete: Streeruwitz verlor die Stichwahl mit 202 zu 228 Stimmen. Sein Landtagsmandat behielt er freilich; im (kleineren) Bezirk Tuschkau – Mies (Touškov – Stříbro) wurde er auch 1889 noch nahezu einstimmig wiedergewählt.<sup>10]</sup> Er erlebte noch die „Wiener Punktationen“, den böhmischen Ausgleich von 1890, und starb wenige Wochen später am 25. Februar 1890, als sein Sohn erst sechzehn Jahre alt war.

## II. Offizier und Manager

Ernst übernahm von seinem Vater diese deutschnationale, dabei aber „schwarz-gelbe“ und liberal-konservative Komponente. Er schrieb über die Liberalen einmal: „Die Liberalen fürchteten immer noch Metternich, als schon Karl Marx am Weg zur Macht war“,<sup>11]</sup> ein anderes Mal, er sei wohl ein Konservativer, aber kein Klerikaler, „kein Frömmler und kein Mann der Katholikentage“.<sup>12]</sup> Vorerst freilich überließ Ernst die Politik seinem Bruder und seinem Schwager, und folgte lieber seinem Onkel und seinem Großvater: Er strebte eine Laufbahn in der Armee an, trat 1892 in die Theresianische Militärakademie ein und diente dann beim Dragoner-Regiment Nr. 7 in Lissa an der Elbe (Lysá nad Labem). Im dortigen Schloß – einst im Besitz der Grafen Sporck – lebte damals der Reichenberger Textilmagnat Freiherr Friedrich von Leitenberger. Daraus entwickelte sich eine Freundschaft, die zu einem Karrierewechsel führte: Leitenberger bot Ernst eine Position als Verwalter, ja General-

---

6] Die Güter der Familie Boos-Waldeck umfaßten fast 2000 Hektar; Wossetz lag im benachbarten Bezirk Horazdowitz (Horažďovice); vgl. Johann F. PROCHAZKA, *Topografisch-statistischer Schematismus des Grossgrundbesitzes im Königreiche Böhmen*, Prag 1880, S. 46 f.

7] Pilsner Zeitung, 3. 6. 1885. Bei den ersten Direktwahlen ins Abgeordnetenhaus 1873 hatte er mit 312 Stimmen den klerikalen Grafen Schönborn mit 102 besiegt (Neue Freie Presse, 14. 10. 1873, S. 2, 29. 6. 1879).

8] Die vier fehlenden Stimmen waren drei Klerikale (die für Pater Opitz gestimmt hatten) und ein Tscheche.

9] Westböhmischer Grenzbote, 6. 6. 1885, S. 4. Von den Presseorganen der Region unterstützte die Pilsner Zeitung Boos-Waldeck, die Egerer Zeitung Streeruwitz.

10] Prager Tagblatt, 4. 7. 1889, S. 3.

11] Ernst von STREERUWITZ, *Springflut über Österreich. Erinnerungen, Erlebnisse und Gedanken aus bewegter Zeit 1914–1929*, Wien 1937, S. 31. Es fällt auf, daß Streeruwitz – zum Unterschied vom ersten Band seiner Memoiren – im Titel des Buches inzwischen auch wieder seinen Adelstitel führte. Genau genommen handelte es sich bei der Namensform Streeruwitz übrigens um das Adelsprädikat, nicht den Familiennamen.

12] Waltraud BARIL, *Ernst von Streeruwitz*, unveröffentlichte Diss., Wien 1965, S. 86. Die Autorin konnte noch den unveröffentlichten dritten Band von Streeruwitz' Memoiren und Teile des Nachlasses im Besitz seiner zweiten Frau einsehen.

manager seiner Betriebe an. Ernst schwankte eine Zeitlang, war zunächst als inoffizieller Berater tätig und nahm schließlich an.

Noch in seinen Erinnerungen fühlte sich Ernst bemüßigt, diesen Schritt mit seinen Zweifeln zu begründen, ob er auch tatsächlich über das für einen Offizier „*absolut notwendige Maß an körperlicher Tüchtigkeit zur Überwindung von großen Strapazen*“ verfüge. Im Frühjahr 1902 übernahm er die Leitung – und Reorganisation – der Textildruckerei in Cosmanos (Kosmonosy). Es kam dem neuen Direktor zugute, daß er im Gymnasium Tschechisch als Freifach belegt hatte; er konnte sich mit seinen Arbeitern mühelos verständigen und war stolz auf das gute Einverständnis, in einem durchaus paternalistischen Stil. Allerdings starb Leitenberger schon 1904 bei einem Autorennen, die Firma wurde in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Der neue Aufsichtsratsvorsitzende wollte früher oder später eigene Verwandte in der Firma unterbringen. Streeruwitz mußte in die Zentrale nach Wien übersiedeln, wo es ihm nicht gefiel. In der Großstadt habe er immer ein Gefühl des „Nirgends-Hingehörens“ gehabt, während „*ein Fabrikdirektor in der Provinz außerhalb der Stadt in der Vorkriegszeit ein sehr großer Herr*“ war.<sup>13]</sup>

Streeruwitz wechselte deshalb kurz vor Kriegsausbruch 1914 zu einer anderen Firma derselben Branche, der Druckfabrik AG in Neunkirchen in Niederösterreich, ein Dutzend Kilometer südlich von Wiener Neustadt an der Südbahn gelegen. Die Lage der Firma war deshalb wichtig für seinen Lebensweg, weil sich Neunkirchen schon damals zu einem, wenn nicht zu dem Zentrum industrieller Interessensorganisationen in Österreich entwickelte. Die Gegend südlich von Wien ist als das „Industrieviertel“ bekannt (als Entsprechung zum Weinviertel im Nordosten oder dem Waldviertel im Nordwesten). Die Arbeitgeberorganisation des Industrieviertels war als „Neunkirchner Verband“ bekannt, der in der Zwischenkriegszeit dann von Philipp v. Schoeller geführt wurde, dem Besitz des Stahlwerkes im benachbarten Ternitz. Noch vor Kriegsende fusionierten die Arbeitgeberverbände („Bund der Industriellen“) mit dem „Centralverband der Industrie“, der mehr auf handelspolitische Belange spezialisiert war, zum Reichs-, später dann Hauptverband der Industrie.<sup>14]</sup> Präsident des Hauptverbandes aber war von den frühen zwanziger Jahren bis zum Ende der Ersten Republik Ludwig Urban, der Haupteigentümer der Schraubenfabrik Brevillier & Urban, die ebenfalls in Neunkirchen ihren Sitz hatte.<sup>15]</sup> Die Annahme liegt nahe, daß Streeruwitz Einstieg in die Politik durch diese lokalen Kontakte mitbestimmt worden ist.

Inzwischen kam der Krieg. Ein wenig wehmütig nahm Ernst zur Kenntnis, daß seine ehemaligen Kameraden auf der Kriegsschule inzwischen wichtige Positionen in den Stäben bekleideten, während er den Krieg als Rittmeister im Kriegsministerium verbrachte, mit einer rein administrativen Tätigkeit im Rahmen der Kriegsgefangenenbetreuung. Aus seiner Tätigkeit erwuchs dann freilich zum Schluß auch ein Konflikt mit bolschewistischen Emissären aus Rußland, der ihn beim Zusammenbruch der Monarchie um sein Leben fürchten ließ. Die Familie übersiedelte daher noch in den ersten Novembertagen 1918 Hals über Kopf in die alte Heimat – nach Mies, das Sicherheit verkörperte, unabhängig vom politischen Schicksal des Sudetenlandes. Bezeichnenderweise entschloß sich Streeruwitz erst im März 1919, als die Demonstrationen aus Anlaß des Zusammentritts der

---

13] E. von STREERUWITZ, *Wie es war*, S. 175, 233 f., 310.

14] Gerald STURMAYR, *Industrielle Interessenpolitik in der Donaumonarchie*, Wien 1996, S. 156, 200; Oskar HELMER, *50 Jahre erlebte Geschichte*, Wien 1957, S. 44 f.

15] Franz MATHIS, *Big Business in Österreich. Österreichische Großunternehmen in Kurzdarstellungen*, Wien 1987, S. 69 f., 260 f. Beide Firmen beschäftigten in ihrer Glanzzeit mehrere Tausend Beschäftigte.

konstituierenden Nationalversammlung in Wien die Spannungen in Böhmen erhöhten, für die deutschösterreichische Staatsbürgerschaft zu optieren.<sup>16]</sup>

Streeruwitz gehörte zur Kategorie der agnostischen Nostalgiker. Er hielt dem Andenken der Monarchie die Treue. In seinen Erinnerungen widmete er lange Passagen der Ehrenrettung der k. u. k. Armee. Im österreichischen Nationalrat erregte er 1928 Aufsehen, weil er in einer Rede vehement Franz Joseph I. verteidigte, was angesichts der vielfach hysterisch anti-habsburgischen Stimmung damals noch zu den Seltenheiten gehörte. Aber er war – im politischen Sinne – kein Legitimist und auch kein Monarchist. Die Monarchie war für ihn endgültig dahingegangen. „*Jede Erinnerung an das alte Land löst bei uns [...] das Gefühl hoffnungslosen Schmerzes aus, der Trauer um unwiederbringlich Verlorenes.*“<sup>17]</sup> Alles, was er verlangte, war daß man ihr Andenken nicht in den Schmutz zog. Franz Joseph war für ihn „*der Inbegriff der Hoheit, der Würde und einer Ritterlichkeit, die wir nun nirgends finden.*“ In seinem Arbeitszimmer hing stets ein Bild des alten Kaisers. Wir verlangen nicht, so schrieb er 1933, daß „*die neue Zeit uns versteht. Wir wollen nur, daß sie unsere Gefühle und Empfindungen achtet und schont.*“<sup>18]</sup>

Die Erste Republik Österreich verhungerte, wie es Robert Musil in einem Essay ausdrückte, wie Buridans Esel vor zwei Heuhaufen, dem Anschluß an das Deutsche Reich und der Donaukonföderation, dem Versuch, die Gemeinschaft der habsburgischen Länder unter anderen Vorzeichen neu zu beleben. Das Österreich, das nach Clemenceaus vermutlich apokryphem Ausspruch, bloß den Rest darstellte, der übrigblieb, wenn man alles andere abzog,<sup>19]</sup> hat sich nach 1945 gerne in der Rolle als „Insel der Seligen“ gesonnt. Doch 1918 schien die dauernde Unabhängigkeit dieses Zufallsgebildes eine Absurdität, von seinen wirtschaftlichen Schwierigkeiten einmal ganz abgesehen. Natürlich sei das kleine Österreich lebensfähig, räumten selbst die Deutschnationalen ein, aber eben auf dem Niveau Albaniens.<sup>20]</sup> Sobald die Donaukonföderation als Alternative ausschied – und der Streit um das Sudetenland vergiftete die Atmosphäre – blieb nur mehr der Anschluß.

Dieser Überzeugung huldigte auch Streeruwitz. Er war kein Alldeutscher, der österreichische und habsburgische Traditionen verachtete oder wie der Sozialdemokrat Otto Bauer 1919 darüber jubelte, daß jetzt hoffentlich bald die vom Streit der Dynastien Habsburg und Hohenzollern verschuldete erste deutsche Teilung von 1866 wieder aufgehoben werde.<sup>21]</sup> Aber Streeruwitz schrieb auch noch 1937, als die Anschlussfrage bereits wiederum von anderen Kontroversen eingeholt worden war, es sei „*mit einiger Unvoreingenommenheit wohl verständlich*“, daß er sich „*mit ganzem Herzen jenen angeschlossen habe, die im engen Zusammenschluß Österreichs mit Deutschland die Rettung sahen.*“<sup>22]</sup> Im Sinne dieser Selbstverständlichkeit zitierte ihn auch ein Diplomat, als Streeruwitz 1929 zusammen mit dem Kanzleramt auch das Außenministerium übernahm. Der neue Mann sei ein „unbedingter Anschlussanhänger“. Denn: „*Es bleibt uns ja nichts anderes übrig.*“<sup>23]</sup>

16] E. von STREERUWITZ, *Springflut*, S. 152.

17] Ebenda, S. 9, 222 f.

18] E. von STREERUWITZ, *Wie es war*, S. 340.

19] Manfred ZOLLINGER, « L'Autriche, c'est moi »? *Georges Clemenceau, das neue Österreich und das Werden eines Mythos*, in: Stefan Karner – Lorenz Mikoletzky (Hg.), *Österreich. 90 Jahre Republik*, Innsbruck 2008, S. 621–632.

20] Klaus KOCH – Walter RAUSCHER – Arnold SUPPAN (Hg.), *Außenpolitische Dokumente der Republik Österreich (=ADÖ)*, Bd. 4, Wien 19XX, S. 390 (13. 9. 1922).

21] *Fremdenblatt* 3. 2. 1919; ADÖ I, S. 183 f., 324.

22] E. von STREERUWITZ, *Springflut*, S. 165.

23] ÖStA, AVA, E/1791:7, Tagebuch Heinrich Wildner, 9. Mai 1929.

### III. Der Weg in die Politik

Den Weg in die Politik fand Streeruwitz über die Industrie. Er gehörte dem Vorstand des Hauptverbandes der Industrie an. Der Hauptverband stand vor einem Dilemma. Die Christlichsoziale Partei war in der Ersten Republik Österreich – zum Unterschied von der Tschechoslowakei – über weite Strecken die stärkste Partei, damit auch das Bollwerk gegen den „Austromarxismus“, der sich in Österreich eben nicht in Sozialdemokraten und Kommunisten gespalten hatte. Die Mehrzahl der Industriellen, Eigentümer wie Manager, hatte in der Vorkriegszeit zum Einzugsbereich des Nationalverbandes gehört, oder zu den wenigen Altliberalen, die im Reichsrat überlebt hatten. Die kleine Großdeutsche Volkspartei, die ihre Nachfolge angetreten hatte, verbürgte keinen entsprechenden Einfluß mehr.

Die Industrie bemühte sich deshalb um Kontakte mit den Christlichsozialen und traf in dieser Beziehung auf das Entgegenkommen von Ignaz Seipel, dem unbestrittenen „mastermind“ der Ersten Republik, der seinerseits diese „peripheren Kreise“ für die Christlichsozialen gewinnen wollte. Der Hauptverband schlug ihm deshalb 1923 vor, drei von der Industrie nominierte Kandidaten auf die Liste der Christlichsozialen zu nehmen. Einer davon war Emanuel Weidenhoffer (1874–1939), geboren im mährischen Napajedl (Napajedla), 1911 dann als deutschnationaler Reichsratskandidat noch heftig bekämpft von seinen späteren Kollegen; inzwischen war er Sekretär des Steirischen Industriellenverbandes; er sollte es 1931–1933 noch zum Finanzminister bringen. Der zweite Kandidat, der Elektroindustrielle Fritz Reiner (1880–1925), starb frühzeitig; er wurde durch den Journalisten Alexander Hryntschak (1891–1974) ersetzt, der als Monarchist galt, schon einmal, weil er eine Nichte Katharine Schratts geheiratet hatte (möglicherweise war es seine Scheidung, die dazu führte, daß er 1933 nicht als Nachfolger Weidenhoffers Finanzminister wurde).<sup>24]</sup>

Der dritte Kandidat war Streeruwitz. Für ihn sprach nicht zuletzt, daß er auch bei den starken Bataillonen der Christlichsozialen, bei den Agrariern, wohlgekommen war. Er hatte immer schon eine Vorliebe für das Landleben bekundet, liebte die Natur und war mit dem bäuerlichen Abgeordneten seines Wahlkreises gut befreundet. Er sei bis 1923 „ganz unpolitisch“ gewesen, sagte er später einmal. Jetzt trat er nicht bloß der Christlichsozialen Partei bei, sondern auch dem niederösterreichischen Bauernbund. Der Bauernbund wiederum berief den Wirtschaftsfachmann im Dezember 1924 als Oberkurator an die Spitze der Landeshypothekenanstalt.<sup>25]</sup> Streeruwitz war Schutzzöllner, schon einmal aus dem Grund, weil Österreich nicht als einziges Land in Mitteleuropa Freihandel betreiben könne. Um die Nachbarn zur Öffnung ihrer Märkte zu zwingen, müsse man selbst mit Schutzzöllen drohen. Die meisten Industriellen legten dabei auf billige Rohstoffe und Nahrungsmittel wert. Streeruwitz hingegen vertrat den „Solidarprotektionismus“. Industrie und Landwirtschaft dürften sich nicht gegeneinander ausspielen lassen. Die heimische Produktion verdiene Schutz nach beiden Richtungen. Er war stolz darauf, 1924 nahezu im Alleingang die erste Erhöhung des Zolltarifs durchgeboxt zu haben – zusammen mit dem Landwirtschaftsminister Rudolf Buchinger.<sup>26]</sup>

24] Institut für Zeitgeschichte Wien, Nachlaß Hryntschak. Hryntschak war nach 1945 als Präsident der Wiener Symphoniker und der Gesellschaft der Musikfreunde bekannt.

25] In Bankangelegenheiten wurde Streeruwitz 1926 auch als Liquidator der ‚Centralbank der deutschen Sparkassen‘ berufen, einer ursprünglich deutschböhmisches Gründung, die ohne das gewohnte Hinterland in Schwierigkeiten geraten war, die sich durch die Übernahme einiger verkrachter Provinzbanken und die Machinationen diverser Grazer Politiker nur noch verschlimmerten; vgl. E. von STREERUWITZ, *Springflut*, S. 261 ff.; W. BARIL, *Streeruwitz*, S. 118; Harald FIEDLER, *Die politischen Folgekosten der Genfer Sanierung. Bürgerliche Politik in Österreich 1924–26*, unveröffentlichte Diss., Wien 2016.

26] E. von STREERUWITZ, *Springflut*, S. 284, 287; W. BARIL, *Streeruwitz*, S. 113, 145.

Als Neunkirchner Fabrikdirektor und Mitglied des Hauptverbandes war Streeruwitz auch an der Förderung der Heimwehren beteiligt, der paramilitärischen Verbände der österreichischen Rechten, die als Gegengewicht zu den Arbeiterwehren und dem Republikanischen Schutzbund der Sozialdemokraten dienten. Gerade Neunkirchen und Ternitz waren mitunter Schauplatz von tätlichen Übergriffen des radikalen Flügels der Arbeiterschaft. Berüchtigt war z.B. ein Vorfall im Jahre 1920, als einem Fabrikdirektor in Neunkirchen mit dem Aufhängen gedroht wurde. Die Heimwehren wurden vor allem nach den Wiener Unruhen vom Juli 1927 („Justizpalastbrand“) im Einvernehmen mit Bundeskanzler Seipel vom Hauptverband subventioniert. Die Heimwehren waren jedoch bestrebt, sich von der Rolle als bloße „Wach- und Schließgesellschaft“ oder „Kettenhund“ der Parteien zu emanzipieren. Sie wollten auf eigene Faust Politik betreiben und kokettierten nicht bloß mit einer österreichischen Variante von Mussolinis „Marsch auf Rom“, sondern bekamen ab August 1928 – über Ungarn – auch Geld aus Italien.<sup>27]</sup>

Die bürgerliche Koalition, die seit 1922 regierte, verfügte zwar über eine klare parlamentarische Mehrheit. Doch die Sozialdemokraten errangen – ohne kommunistische Konkurrenz auf der Linken – 1927 immerhin 42 % der Stimmen. Die Sozialdemokraten hatten 1920 zwar bewusst den Gang in die Opposition angetreten, machten der Regierung aber mit ihrer Obstruktionstaktik das Leben schwer. Man konnte die Obstruktion als Erbstück der Nationalitätenkämpfe der Monarchie ansehen. Sie kam in der Ersten Republik jetzt auch in Alltagsfragen immer wieder zur Anwendung. Die Sozialdemokraten verlangten Zugeständnisse im Sinne ihrer Anhängerschaft, wenn sie eine Regierungsvorlage ordnungsgemäß passieren ließen. Manche Themen, wie z.B. eine Reform des Mieterschutzes, wurden von vornherein blockiert.

Bundeskanzler Seipel als Verfechter eines harten „antimarxistischen“ Kurses entschied sich in dieser Situation im April 1929 zu einem taktischen Rückzug. Er wolle den Weg freigeben für die Anhänger eines Verständigungskurses: Vielleicht würde es ihnen gelingen, einen modus vivendi mit den Sozialdemokraten herbeizuführen. Sollte auch dieser Versuch scheitern, so ließ er durchblicken, werde man zu schärferen Methoden greifen müssen. Wer sollte dieses Verständigungskabinettt führen? In erster Linie dachte man dabei an Politiker aus den Bundesländern, die als Besonderheiten der österreichischen Verfassung fast alle von Allparteienregierungen („Proporz“) verwaltet wurden. Auf dieser Ebene zählte die Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten zur Routine. Der eifrigste dieser Bewerber, der steirische Landeshauptmann Anton Rintelen, war seinen Kollegen suspekt; großes Ansehen genoß dafür der Vorarlberger Landeshauptmann Otto Ender, der wegen einer Erkrankung seiner Frau absagte; gegen Enders Mitarbeiter Johann Mittelberger legten die freisinnigen Agrarier (der Landbund als Schwesterpartei des Bundes der Landwirte in der Tschechoslowakei) ihr Veto ein, weil sie ihn für „zu klerikal“ hielten. Streeruwitz war von Mittelberger der Posten des Finanzministers angeboten worden. In letzter Minute tauchte jetzt der Plan auf, vielleicht auf Anregung des niederösterreichischen Landeshauptmannes Karl Buresch, die beiden Politiker sollten einfach tauschen, Streeruwitz Bundeskanzler werden, Mittelberger Finanzminister.<sup>28]</sup>

---

27] Lothar HÖBELT, *Die Heimwehren und die österreichische Politik 1927–1936. Vom politischen „Kettenhund“ zum „Austro-Fascismus“?*, Wien 2016, S. 42 ff.; Lajos KERÉKES, *Abenddämmerung einer Demokratie. Mussolini, Gömbös und die Heimwehr*, Wien 1966.

28] Werner DALLAMABL, *Seipels Rücktritt und die Regierung Streeruwitz*, unveröffentlichte Diss., Wien 1964; W. BARIL, *Streeruwitz*, S. 162.

#### IV. Das „Verständigungskabinett“ Streeruwitz

Die Wahl Streeruwitz am 4. Mai 1929 – nach einer Regierungskrise, die länger als ein Monat gedauert hatte – kam für die Öffentlichkeit überraschend. Mit ihm hatte bis vor kurzem niemand gerechnet. Er schien auf den ersten Blick eine Ideallösung gleichzukommen, weil er so viele Vorzüge in seiner Person vereinte, als politisches Pendant zur „ *Eierlegenden Wollmilchsau* “: Er war Christlichsozialer, aber kein Klerikaler; er war für die kleineren Koalitionspartner aus dem nationalen Lager, Großdeutsche und Landbund, auch deshalb akzeptabel, weil er – zu recht – als Befürworter des Anschlusses galt. Er hatte bewiesen, daß ihm die Interessen von Industrie und Landwirtschaft gleichermaßen ein Anliegen waren. Er war sprachkundig und ein gewandter Stilist, der mehr als alle seine Kollegen immer wieder Artikel im Organ des Hauptverbandes verfaßte. Ein Kollege attestierte ihm später einmal einen „ *geradezu französischen Espri* “.<sup>29]</sup>

Streeruwitz erledigte die ihm gestellte Aufgabe als effizienter Manager. Mit den Sozialdemokraten kam der angepeilte Kompromiß in wenigen Wochen zustande. Die Sozialdemokraten bewilligten Streeruwitz, was sie Seipel nicht hatten bewilligen wollen. Die Bestimmungen des Mieterschutzes wurden einvernehmlich gelockert. Die Mieten durften erhöht werden, allerdings nur bis auf ungefähr ein Viertel des Niveaus der Vorkriegszeit; dafür verlangte die Partei im Gegenzug freilich auch Mittel für ein Wohnbauprogramm.<sup>30]</sup> Dazu kam ein weiteres Zugeständnis: Die Altersversicherung für Arbeiter war schon 1927 im Prinzip beschlossen worden. Sie sollte ursprünglich jedoch erst in Kraft treten, wenn ein gewisser Wohlstandsindex erreicht war. Diese Klausel, die nach Auffassung der Sozialdemokraten die Verwirklichung „gänzlich und für alle Zeiten“ verhinderte, hielt auch Streeruwitz für „höchst unglücklich“. Er schlug deshalb eine „geänderte Fassung“ vor, die es in das Belieben der Regierung stellte, das Gesetz jederzeit in Kraft treten zu lassen – ein Zugeständnis, das ihm die Industrie übelnahm.<sup>31]</sup>

Dennoch war Streeruwitz schon im Juli überzeugt, er werde nur mehr zwei bis drei Monate Kanzler sein.<sup>32]</sup> Die Heimwehren hatte die Aussicht auf ein Verständigungskabinett von vornherein misstrauisch gemacht. Ein von der Regierung erlassenes allgemeines Aufmarschverbot verstärkte diese Abneigung noch. Doch auch der rechte Flügel, ja die Mehrheit aller drei Regierungsparteien wollte die Dynamik der Heimwehrebewegung ausnützen, um die Sozialdemokraten zu einem Rückzug auf breiter Front zu bewegen. Die Sozialdemokratie hatte in der Gründungsphase der Republik 1918/1919 mit dem „Druck der Straße“ operiert, um die bürgerlichen Parteien zu Konzessionen zu zwingen, von der Verfassung bis zur Sozialgesetzgebung. Seipel wollte den Spieß jetzt umdrehen: Der außerparlamentarische Druck der Heimwehren sollte die Sozialdemokraten zwingen, einer Verfassungsreform zuzustimmen.

Das österreichische Modell von 1920 kam einer Konventsverfassung nach französischem Vorbild sehr nahe. Das Prinzip der Gewaltenteilung war extrem unterentwickelt.

---

29] Institut für Zeitgeschichte Wien (IfZ), Tagebuch Emmerich Czermak, 12. 1. 1937. Der Tagebuchschreiber war der letzte Obmann der Christlichsozialen Partei 1933/1934. Er stammte aus Mähren, war aber schon vor dem Krieg nach Niederösterreich gegangen, weil er als „Klerikaler“ in seiner Heimat keine Stelle als Lehrer finden konnte. Streeruwitz machte ihn in seinem Kabinett 1929 zum Unterrichtsminister.

30] Robert LUKAN, *Der Kampf um den Mieterschutz in der Ära Seipel 1922–1929*, unveröffentlichte Diss., Wien 2005, S. 306 ff.

31] Ministerratsprotokolle (MRP), Bd. VI/1, Wien 1988, S. 8 (21. 5. 1929); ÖStA, AVA, E/1791:7, Wildner-Tagebuch 29. 5. 1929; E. von STREERUWITZ, *Springflut*, S. 393; W. BARIL, *Streeruwitz*, S. 176 f.

32] AVA, E/1791:7, Wildner-Tagebuch, 17. 7. & 1. 8. 1929.

Seipels Idee war, die Kompetenzen des Staatspräsidenten und der zweiten Kammer aufzuwerten – in einem Maße, wie es der Position Masaryks und des Prager Senats entsprach. Die Heimwehren gingen in ihren Plänen vielfach noch weiter. Die bürgerlichen Parteien wollten 1929 genauso wenig einen rechtsradikalen Heimwehrputsch in Szene setzen wie die Sozialdemokraten 1919 einen linksradikalen „bolschewistischen“ Putsch tatsächlich willkommen geheißen hätten. Aber sie wollten eine Drohkulisse aufbauen, um ihre Forderungen durchzusetzen. Vizekanzler Vinzenz Schumy vom Landbund erläuterte diese Doppelstrategie im Kabinett ganz offen. Die Heimwehren müßten selbstverständlich nach einiger Zeit „in die normalen Schranken zurückgewiesen“ werden, denn in einem „demokratischen Staat können wir das auf die Dauer nicht brauchen.“ Vor der Hand aber seien sie eine Notwendigkeit, „um den Bürgerlichen überhaupt noch ein Ansehen zu geben.“<sup>33]</sup>

Diese Doppelstrategie wollte Streeruwitz nicht mitmachen. Der Kanzler wollte nicht mißverstanden werden: Er gab im Kabinett zu Protokoll, er sei „ein sehr schwerer Pessimist der Demokratie und ein sehr schwerer Reaktionär“. Aber er wollte seine Politik nicht auf dem Bluff mit einem möglichen Putsch aufbauen. „Eine Erklärung über eine Zusammenarbeit mit den Heimwehren könne er nicht abgeben.“ Dem Tiroler Heimwehrboss Richard Steidle schrieb er, allein schon das Chaos und die Rivalität innerhalb ihrer Führungsgarnitur empfehle die Heimwehren keineswegs als Ordnungsfaktor.<sup>34]</sup> Außerdem könne man die Entscheidung über eine so gewichtige Materie wie eine Verfassungsreform nicht übers so schnell durchpeitschen: „Geschwindigkeit und Ausdehnung“ der geforderten Verfassungsreform „gehen nicht zusammen.“ Der harte Kern seines Kabinetts, die Vertreter aller drei Parteien, war jedoch entschlossen, das Eisen zu schmieden, solange es heiß war und die Sozialdemokratie sich nicht sicher sein konnte, ob sich hinter all den Drohungen der Heimwehren nicht doch ein Zusammenspiel mit der Exekutive verbarg? Auch die Massenorganisation des niederösterreichischen Bauernbundes mit seinen 100.000 Mitgliedern – darunter formal auch Streeruwitz – trat korporativ den Heimwehren bei.<sup>35]</sup>

Den Anlaß für das Kesseltreiben gegen Streeruwitz lieferte am 18. August 1929 ein bewaffneter Zusammenstoß zwischen Heimwehren und Sozialdemokraten in St. Lorenzen, im obersteirischen Industriegebiet, wo die Gegensätze besonders hart aufeinanderprallten. Die Heimwehren drohten daraufhin mit einem Marsch auf Wien. Für Ende September wurden Massenveranstaltungen in einem konzentrischen Kreis rund um Wien vorbereitet. In dieser kritischen Situation appellierten alle Seiten an den Wiener Polizeipräsidenten Johannes Schober, das Kanzleramt zu übernehmen. Schober war 1921/22 schon einmal Bundeskanzler gewesen, hatte seine Mehrheit aber verloren, als er mit der ČSR den Vertrag von Lana schloß. Diesmal erntete er Vorschußlorbeeren von allen Seiten: Als überparteilicher Kandidat schien er den bürgerlichen Parteien zur Verabschiedung der Verfassungsreform besonders geeignet; eine Zeitlang gelang ihm darüber hinaus auch das Kunststück, sowohl den Sozialdemokraten als auch den Heimwehren den Eindruck zu vermitteln, er werde in ihrem Sinne handeln.<sup>36]</sup>

Für derlei politische Taschenspielertricks wollte sich Streeruwitz nicht hergeben. Das Kabinett gab – nach nur 145 Tagen – am 25. September seine Demission. Viel später hat er einmal darüber spekuliert, ob es nicht besser gewesen wäre, wenn er damals versucht hätte, eine eigene Partei zu gründen...<sup>37]</sup>

33] MRP VI/1, S. 176 f. (20. 9. 1929).

34] Tiroler Landesarchiv, Bundesleitung Selbstschutzverbände XIII/17, Streeruwitz an Steidle, 5. 6. 1929.

35] MRP VI/1, S. 135 (22. 8. 1929), 185, 188 (20. 9. 1929); vgl. auch W. BARIL, *Streeruwitz*, S. 201.

36] Rainer HUBERT, *Schober. „Arbeitermörder“ und „Hort der Republik“*, Wien 1990, S. 251 ff.

37] W. BARIL, *Streeruwitz*, S. 203.

## V. „Elder Statesman“

Streeruwitz kehrte nicht mehr in seine Firma zurück, die bald darauf der Weltwirtschaftskrise zum Opfer fiel. Er blieb Abgeordneter und Kurator der Hypothekenanstalt.<sup>38]</sup> Er nutzte seine Bewegungsfreiheit und sein Renommee als Alt-Bundeskanzler zu einer Reihe von Auslandsreisen und Auslandsauftritten, insbesondere im Deutschen Reich, aber auch in seiner alten Heimat Böhmen. So hielt er z.B. im Jänner 1930 in Prag einen Vortrag und sprach sich für einen „mitteleuropäischen Block“ aus, der Österreich, die ČSR und das Deutsche Reich umfassen sollte.<sup>39]</sup> Den Sommer verbrachte er, wann immer es seine Geschäfte erlaubten, im heimatlichen Mies. An dieser Gewohnheit hatte er auch als Bundeskanzler festgehalten und die Chance genützt, unterwegs in Pilsen mit Edvard Beneš zusammen zu treffen. Vor der Abreise vertraute er dem Gesandten Wildner an: „*Der einzige Staat, dem es jetzt gut geht und der eine wirkliche Zukunft hat, ist die Tschechei.*“<sup>40]</sup>

Schon 1930 wartete eine weitere Aufgabe auf den Alt-Kanzler. Streeruwitz wurde am 9. Dezember zum Präsidenten der Wiener Handelskammer gewählt (deren Einzugsbereich auch noch Niederösterreich umfasste, also fast die Hälfte Österreichs). Wiederum waren Streeruwitz Qualitäten als Kompromisskandidat gefragt. Denn die Debatten um den Plan einer Zollunion mit dem Deutschen Reich sorgten innerhalb der Wirtschaftskreise für erregte Debatten. Im Sinne der weltanschaulichen Positionen handelte es sich dabei nahezu um einen Kampf mit verkehrten Fronten. Denn die christlichsozialen Bauern versprachen sich von der Zollunion wegen der höheren Preise im Deutschen Reich große Vorteile. Die Industrie – politisch mehr den Großdeutschen nahe stehend – war hingegen gespalten, mehrheitlich vermutlich skeptisch.<sup>41]</sup> Streeruwitz war ein Befürworter der Zollunion, aber bekanntlich auch ein überzeugter Verfechter des Schutzzolls. (Er sagte einmal selbstironisch, er sei als „Autarkist“ bekannt.<sup>42]</sup>) Er war damit für beide Seiten akzeptabel. Sein Vorgänger Friedrich Tilgner war ein Anhänger der Großdeutschen Volkspartei gewesen; Streeruwitz war christlichsozialer Abgeordneter, galt aber nicht wirklich als „Schwarzer“.

Außerdem entwickelte Streeruwitz eine rege literarische und publizistische Tätigkeit. Er war nie hauptberuflicher Journalist, aber ein unermüdlicher Schreiber. Zu seinen Beiträgen in der „Industrie“ und der Tagespresse kam 1931 eine Monographie „*Ordnung und Aufbau der Weltwirtschaft*“, mit dem Untertitel „*Grundzüge der Rationalisierung vom Standpunkt künftiger Weltgemeinschaft*“. Kritiker erstaunte mitten in der Weltwirtschaftskrise der „kraftvolle Optimismus“ des Autors, der jedoch keineswegs mit blindem Fortschrittsglauben gepaart war. Der Rationalisierung nach amerikanischem Vorbild räumte er nur eine beschränkte Vorbildwirkung ein, vielleicht beeinflusst durch seinen ehemaligen Betrieb, der auf künstlerische Vorlagen setzte, um dem unterschiedlichen Geschmack der Kundschaft gerecht zu werden. 1937 erschienen von ihm zwei Büchlein über „*Diagnose*

---

38] Ein Abgeordneter zum Nationalrat erhielt damals 800 S im Monat, die Hypothekenanstalt zahlte 1000 S. Zum Vergleich: Das Durchschnittseinkommen eines Österreicherers betrug zu Beginn der dreißiger Jahre 266 S. Das Statistische Zentralamt berechnet einen Umrechnungsschlüssel von ca. 3 Euro für den Schilling; vgl. AVA, E/1791:7, Wildner-Tagebuch, 30. 9. 1929.

39] AVA, E/1791:7, Wildner-Tagebuch, 4. 2. 1930; W. BARIL, *Streeruwitz*, S. 210 f., 243.

40] AVA, E/1791:7, Wildner-Tagebuch, 6. 8. 1929; Rainer HUBERT, *Schober*, S. 22 (Tagesnotizen 2. & 14. 8. 1929); MRP VI/1, S. 169 (22. 8. 1929); E. von STREERUWITZ, *Springflut*, S. 407.

41] Jürgen NAUTZ, *Die österreichische Wirtschaft und die Anschließfrage*, in: Thomas Albrich et alii (Hg.), *Tirol und der Anschluß*, Innsbruck 1988, S. 385–402; W. BARIL, *Streeruwitz*, S. 212 f.

42] Walter GOLDINGER (Hg.), *Protokolle des Klubvorstandes der Christlichsozialen Partei 1932–1934*, Wien 1980, S. 99 (9. 2. 1933).

und Therapie des Bolschewismus“ und „Die neuen Kraftlinien der Weltpolitik“. Schon im August 1933 vollendete er außerdem – im Alter von noch nicht sechzig Jahren – den ersten Band seiner Memoiren: „Wie es war“.

Inzwischen hatten sich die politischen Umstände dramatisch verändert, in Österreich wie im Deutschen Reich. Am 30. Jänner 1933 erfolgte die Machtergreifung Hitlers, wenige Wochen später erfolgte nach einer kuriosen Geschäftsordnungspanne im österreichischen Nationalrat, weil alle drei Präsidenten des Nationalrates aus relativ nichtigen Gründen ihr Amt niederlegten, die sogenannte „Selbstausschaltung des Parlaments“. Die Regierung Dollfuß – die im Parlament nur über 82 von 165 Stimmen verfügte – ergriff aufatmend die Gelegenheit, zumindest eine Zeitlang autoritär ohne Parlament zu regieren. Die Protokolle des Klubvorstandes der Christlichsozialen Partei für diese Jahre sind veröffentlicht worden. Sie lassen erkennen, daß Streeruwitz, seinem Ruf entsprechend, für Mäßigung plädierte, aber auch, daß er von Anfang an skeptisch war, ob die Krise sich ohne Bruch der bestehenden Verfassung noch einrenken ließe. Es sei „*schön und richtig, aber ein großer Irrtum zu glauben, eine Einhaltung der Verfassung wäre praktisch möglich.*“<sup>43]</sup>

Die NSDAP stellte der Regierung ein Ultimatum. Sie war zu einer Koalition bereit, aber sie forderte Neuwahlen. Es ergab sich das Paradoxon, daß ausgerechnet die Nationalsozialisten für eine Rückkehr zur Demokratie plädierten, wenn auch nur als taktisches Manöver. Dollfuß hingegen war vor allem daran gelegen, Neuwahlen auszuweichen, die voraussichtlich eine deutliche Mehrheit von Sozialdemokraten und Nationalsozialisten zur Folge gehabt hätten. Die Christlichsozialen wären damit zwischen zwei Feuer geraten. Dollfuß' Nachfolger Schuschnigg argumentierte damals: „*Zusammengehen mit links halten wir nicht aus, wäre Verzicht auf weiteren Bestand der Partei.*“ Den siegesgewissen Nationalsozialisten einen Fuß in der Tür zur Macht einzuräumen, erschien ebenfalls zu gefährlich. Der Nationalsozialismus galt vielen im Regierungslager als die deutsche Variante nicht des Faschismus, sondern des Bolschewismus. Streeruwitz Polemik las sich im stenographischen Protokoll so: „*Ursprüngliches Aussehen der NS. Und jetzt. Der Vergleich, daß das System mit dem russischen übereinstimmt. Bis ins Kleinste.*“<sup>44]</sup> Streeruwitz wurde von Dollfuß damals auch aufgefordert, sich um die Auslandsdeutschen zu kümmern, um den „*Nationalsozialisten nicht das Monopol zu lassen, als ob sie die einzigen Deutschen wären.*“<sup>45]</sup>

So sehr Streeruwitz die Methoden der Nationalsozialisten ablehnte, trat er doch immer für eine Verständigung mit dem Deutschen Reich ein. Anfangs hofften die Österreicher noch, die Regierung Hitler werde sich nicht lange halten.<sup>46]</sup> Doch diese Hoffnung erwies sich als trügerisch. Die Alternative lautete: einen modus vivendi mit dem Dritten Reich zu finden. Auch Beneš vertrat im Grunde diese Ansicht. Dem österreichischen Gesandten erklärte er im Frühjahr 1934: „*Haben wir nicht alle Grund, das Dritte Reich nicht zu reizen? Man wird sich ja doch einmal mit Deutschland verständigen müssen.*“<sup>47]</sup> Streeruwitz hätte dieser Ansicht zweifellos zugestimmt. Er begrüßte 1936 auch das Juli-Abkommen mit dem Dritten Reich, das nach außen hin mit der Aufhebung der 1000 Mark Sperre den österreichischen Wünschen weitgehend entgegenkam, aber von beiden Seiten nur mit gewissen Hintergedanken akzeptiert wurde. Schuschnigg erhoffte sich davon auch keine

43] Ebenda, S. 152 (9. 3. 1933).

44] Ebenda, S. 146 (9. 3. 1933), 247 (3. 5. 1933).

45] Ebenda, S. 249 (3. 5. 1933).

46] Ebenda, S. 236 (20. 4. 1933), 247 (3. 5. 1933).

47] ÖStA, Archiv der Republik (AdR), Neues Politisches Archiv (NPA) 350, Nr. 51797/13 ex 34, Marek 4. 3. 1934.

endgültige Entspannung, aber immerhin eine Atempause von vielleicht fünf Jahren, die freilich kürzer ausfiel als erhofft.<sup>48]</sup>

Streeruwitz war als Konservativer mit revolutionären Neuerungen auch dann nicht allzu glücklich, wenn sich dahinter konterrevolutionäre Intentionen verbargen. Mit den Allüren des „christlichen Ständestaates“ in Österreich ab 1933/1934 war er keineswegs zufrieden. Beneš kommentierte das Bemühen, die Bevölkerung fein säuberlich in Stände zu gliedern, einmal ironisch, „*man wolle den Klassenkampf abschaffen, indem man eine große Anzahl neuer Klassen schaffe*.“<sup>49]</sup> Auch in dieser Beziehung war ein gewisser Gleichklang gegeben: Streeruwitz charakterisierte das österreichische System 1937 einmal als „*eine törichte Mode*“.<sup>50]</sup> Beim Aufbau des korporatistischen Systems geriet er in Konflikt mit dem späteren Bundeskanzler Julius Raab. Streeruwitz wollte die überparteilichen Handelskammern als Ausgangsbasis für den „*berufsständischen Aufbau*“ nehmen; Raab seinen christlichsozialen Gewerbebund die tragende Rolle spielen lassen. Streeruwitz wurde deshalb zwar 1935 als Präsident der Handelskammer nicht mehr verlängert, doch die Handelskammern blieben erhalten, die Regierung Schuschnigg versprach sich von ihnen 1937 dann sogar Unterstützung „*gegen die zu stark gewordenen Bünde*“.<sup>51]</sup>

Es wurde still um den Alt-Kanzler. Der Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich brachte für ihn keine Veränderungen mit sich. Das NS-Regime beschäftigte sich nur deshalb mit ihm, weil er als Autor im August 1938 pflichtgemäß um die Aufnahme in die „Reichsschrifttumskammer“ ansuchte. Der Ortsgruppenleiter, der über seinen Leumund befragt wurde, antwortete mit skeptischer Objektivität: „*Ich kann keinerlei befürwortende Worte finden, doch eine staatsfeindliche Haltung kann ich nicht feststellen*.“ Allein die „Sippenhaftung“ sprach für ihn: „*Eines seiner Kinder ist seit Jahren mit seinem Wissen bei SA und SS*.“ Streeruwitz selbst habe sich „*in der verflossenen Systemzeit völlig indifferent verhalten*.“ Erst nach dem 20. Juli 1944 interessierte sich die Gestapo wieder für den Alt-Kanzler, der „*von verschiedenen Seiten monarchistischer Gesinnung bezichtigt*“ werde. Angeblich spielte seine flüchtige Bekanntschaft mit Carl Goeredeler dabei eine Rolle. Wiederum lautete das salomonische Urteil der Gauleitung: Streeruwitz verhalte sich „reserviert“: „Über seinen Charakter und seinen Leumund kann daher schwer ein Urteil gegeben werden.“<sup>52]</sup>

Sein Curriculum Vitae verrät allerdings, daß er unter die „Seniorhörer“ ging und im Juli 1939 mit einem Doktorat in Staatswissenschaften das Studium abschloß, das er Jahrzehnte vorher abgebrochen hatte. Schon beim Erscheinen des zweiten Bandes seiner Memoiren 1937 hatte er davon gesprochen, den dritten und letzten werde er erst veröffentlichen, wenn seinen Kindern dadurch keine Nachteile mehr entstehen könnten.<sup>53]</sup> Seine erste Frau war 1933 gestorben, Streeruwitz hat danach noch einmal geheiratet. Als 1944 die Bombenangriffe auf Wien begannen, zog er sich mit seiner Frau und seinem Sohn aus zweiter Ehe wieder in die alte Heimat zurück, nach Mies. Dort ereilte ihn nach 1945 das

48] ÖStA, AVA, E/1700:59, Interview mit Kurt v. Schuschnigg, fol. 340 f.; Gabriele VOLSANSKY, *Pakt auf Zeit. Das Deutsch-Österreichische Juli-Abkommen 1936*, Wien 2001; E. von STREERUWITZ, *Springflut*, S. 314.

49] ADÖ IX, S. 292 (17. 1. 1934); Othmar SPANN, *Der wahre Staat. Vorlesungen über Abbruch und Neubau der Gesellschaft*, Jena 1931 (3. Auflage)

50] IFZ, Czermak-Tagebuch, 12. 1. 1937.

51] IFZ, Czermak-Tagebuch, 29./30. 11. 1935; MRP IX/4, S. 159 (7. 12. 1935); MRP IX/7, S. 381 (26. 4. 1937); Stefan EMINGER, *Das Gewerbe in Österreich 1930–1938. Organisationsformen, Interessenspolitik und politische Mobilität*, Innsbruck 2005, S. 105, 134, 140 f.; W. BARIL, *Streeruwitz*, S. 269 ff.

52] ÖStA, AdR, Zivilakten der NS-Zeit, Gaupersonalamt des Reichsgaues Wien, Streeruwitz.

53] IFZ, Czermak-Tagebuch, 12. 1. 1937.

Schicksal der Vertreibung. Er schrieb, die Tschechen hätten seine „*völlig schuldlose Familie ausgeplündert und verjagt*“, ihn selbst erst 1947 ausreisen lassen.<sup>54]</sup>

In der Wiener Nachkriegsgesellschaft fand sich der Alt-Kanzler nur mehr schwer zurecht. Er sagte von sich, er sei „*ein völlig vergessener, einsam gewordener Mann*“. Zwar wollte er weiterhin seiner alten Liebe, dem Schreiben, nachgehen, doch verbot er sich bei seinen Artikeln jegliche Namensnennung: „*Ein Gladiator mit gebrochenen Beinen geht nicht mehr in die Arena.*“ Von der Politik hielt er sich völlig fern. Der ÖVP als Nachfolgerin der alten Christlichsozialen Partei trat er nicht bei. „*Ich bin und bleibe parteilos*“, mit dem trotzigem Nachsatz: „*Streeruwitz geht nicht nach Canossa.*“<sup>55]</sup> In seinem Gauakt findet sich auch noch eine abfällige Beurteilung durch die amerikanischen Besatzungsbehörden: Streeruwitz sei „*unverlässlich und eitel, gesellig, aber nicht sehr intelligent*“. 1950 erlitt er einen Schlaganfall; er starb am 19. Oktober 1952. Es war sein alter Rivale Raab, der ihm im Parlamentsklub der ÖVP einen Nachruf hielt, in dem er Streeruwitz Verdienste hervorhob, aber auch erwähnte, er sei „*einsam und in Sorge*“ gestorben.<sup>56]</sup>

## **Ernst von Streeruwitz (1874–1952). A Chancellor of Austria from (West-)Bohemia**

### **Summary**

Ernst v. Streeruwitz was the only Chancellor of the Austrian Republic who hailed from Bohemia. After a few years as a cavalry officer, he moved to Lower Austria as manager of a textile company. He first entered politics as an industrial lobbyist in 1923, when he ran for parliament as a candidate of Ignaz Seipel's Christian Social Party even though his family had always sided with the Liberals and German nationalists. As a compromise solution, he was elected Chancellor in 1929. He managed to find common ground with the Social Democratic opposition on several crucial issues like rent control and old age insurance for workers, but lost the support of the center-right parties who wanted to use the paramilitary Heimwehr movement for a general roll back of the Left. Even though a self-proclaimed “reactionary” he refused to flirt with putschist tactics. That is why he resigned after only five months in office but was elected President of the Vienna Chamber of Commerce in 1930. He disagreed with the corporatist policies of the authoritarian regime after 1933 and completely withdrew from politics in 1935. Streeruwitz did not cherish the hope that the Habsburg monarchy could be resurrected, but was a nostalgic admirer of the old Emperor Francis Joseph whom he often defended in public.

---

54] ÖStA, AVA, E/1781:170, Streeruwitz an Funder, 26. 1. 1948, 15. 1. 1950. Die Frau seines Sohnes aus zweiter Ehe, Marlene Streeruwitz, machte sich als avantgardistische Literatin einen Namen.

55] Ebenda.

56] W. BARIL, *Streeruwitz*, S. 274 f.; Kleines Volksblatt, 22. 10. 1952.





*Znak Streerů von Streeruwitz. Foto archiv redakce*

*vlevo: Ernst Streeruwitz. Foto archiv redakce*